

Frankreich vor dem Ausgang der Präsidentschaftswahl

Teil C: Extreme Rechte auf historischem Höchstniveau, Nicolas Sarkozy in ungünstiger Position für Wiederwahl. Der rechte Präsident buhlt unverblümt um die Stimmen der Neofaschisten

Artikel von Bernard Schmid vom 4. Mai 2012

18 Prozent: So viel wie in diesem Jahr erhielt die extreme Rechte bislang frankreichweit, „auf nationale Ebene“, noch nie. Ihre bisherigen Rekordwerte lagen bei 16,8 % im ersten und 17,8 % im zweiten Wahlgang für Jean-Marie Le Pen, bei der Präsidentschaftswahl 2002. Allerdings konnte er damals als einer der beiden Bestqualifizierten in die Stichwahl einziehen. In diesem Jahr gelingt dies seiner Tochter Marine Le Pen nicht, die am gestrigen Sonntag als drittstärkste Bewerberin um die französische Präsidentschaft abschnitt.

Laut den amtlichen Ergebnissen des Innenministeriums erhielt Marine Le Pen in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl - am 22. April dieses Jahres - 17,90 % der Stimmen. Diese Stimmenzahl umfasst sowohl das europäische Frankreich, auch **L'Hexagone** genannt, wie auch die „Überseegebiete“ Frankreichs, wo Le Pen unterdurchschnittlich abschnitt (8 Prozent). Die Pariser Abendzeitung **Le Monde** gibt für das **Hexagone**, also Frankreich ohne „Überseegebiete“, einen Stimmenanteil der rechtsextremen Kandidatin von 18,3 % an.

Ihr Anteil entspricht in absoluten Zahlen 6,421 Millionen Stimmen. Zum Vergleich: Im April 2002 erhielt der damalige FN-Kandidat Jean-Marie Le Pen noch 16,8 % mit 4,805 Millionen Stimmen, zu denen aber noch die Wähler des rechtsextremen Konkurrenten Bruno Mégret – 2,2 % und 667.000 Stimmen – hinzugerechnet werden müssen. Und in der zweiten Runde erhielt Jean-Marie Le Pen, der damals neben Jacques Chirac in die Stichwahl einziehen konnte, in absoluten Zahlen 5,525 Millionen Stimmen und einen Anteil von 17,79 %. (Und im April 2007 – bei einer Wahl, die für die extreme Rechte schwierig war und unter ungünstigen Bedingungen stattfand – fiel Jean-Marie Le Pen auf einen prozentualen Anteil von 10,44 % und insgesamt 3,835 Millionen Stimmen.)

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Stimmergebnisse des Front National, dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2002, hat Marine Le Pen also fast eine Million Stimmen hinzugewonnen. In den letzten Jahren ist allerdings auch die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Stimmberechtigten von zuvor 41 auf nun 46 Millionen Volljährige gewachsen. Dazu trug sowohl das Wachstum der Bevölkerung – Geburten und v.a. Einbürgerungen – bei, da Frankreich eine weniger stark ‚überalternde‘ Bevölkerung aufweist als Deutschland, als auch die vermehrte Einschreibung in die Wählerregister. Letztere wiederum resultierte zum Teil daraus, dass viel Stimmberechtigte nach dem April 2002 und dem Einzug Jean-Marie Le Pens in die Stichwahl um die Präsidentschaft ein **„schlechtes Gewissen“** verspürten, falls sie ihr Wahlrecht nicht wahrnahmen. Zumindest in den letzteren Fällen dürfte sich der Zuwachs bei den Wählerzahlen allerdings eher zu Ungunsten statt zugunsten des FN ausgewirkt haben...

Wahlergebnis höher als Umfragewerte

Damit lag Marine Le Pen um mindestens einen Prozentpunkt höher, als in den für sie günstigsten Umfragen zuvor vorausgesagt worden war. Bereits in der Vergangenheit hatte sich oft herausgestellt, dass die extreme Rechte in Vorwahlbefragungen unterbewertet wurde, denn viele ihrer Wähler/innen bekennen sich nicht offen zu ihrem Votum. Oder sie misstrauen allen „Intellektuellen“, unter ihnen Umfragerinnen, Journalisten und Sozialforscherinnen, von vornherein.

Abschlussveranstaltung von Marine Le Pen am 17. April

Aber im Laufe des Wahlkampfs hatte sich die Stimmung auch zugunsten der extremen Rechten gewandelt. Die Abschlussveranstaltung im Wahlkampf Marine Le Pens, eine Saalkundgebung am 17. April 2012 in Paris vor über 6.000 Menschen, war ein voller Erfolg für die Rassisten: Der Saal kochte. Das Publikum war erheblich jünger, als dies durchschnittlich zu Zeiten des Vaters und Vorgängers der jetzigen Kandidatin – Jean-Marie Le Pen – der Fall gewesen war. Beobachtungen des Verfassers dieser Zeilen, der schon 30 oder 40 Großveranstaltungen der französischen extremen Rechten erlebt hat, zufolge war die Atmosphäre in diesem Jahr eine völlig andere.

Bei Jean-Marie Le Pen verhielt das Publikum, im Schnitt eher mittleren bis höheren Alters, sich eher wie in einer Oper: Es „trank“, gläubig und mit Genuss, die Worte des stimmgewaltigen Tenors in sich hinein. Danach ging es in gehobener Stimmung von dannen. Bei Marine Le Pen in diesem Jahr dagegen glich die Atmosphäre eher der in einem Fußballstadion.

Das deutlich verjüngte Publikum ging aktiv mit, spendete tosenden Beifall, schwenkte Fahnen und rief Parolen in Sprechgesängen: **On est chez nous! On est chez nous!** (Sinngemäß: Wir sind Herren in unserem Haus.) Unter ihm jener Mann jüngeren bis mittleren Alters, der einen Teil des Abends hindurch der Banknachbar des Autors dieser Zeilen war und unermüdlich Dinge rief wie: „**Pinochet hat es richtig getan! Die Linken – ab ins Stadion! Zack!**“ (Unter Anspielung auf das Fußballstadion von Santiago de Chile, das 1973 nach dem Militärputsch als Konzentrationslager genutzt wurde.) Dabei klopfte er auch noch laut mit der Spitze eines Regenschirms auf den Boden. Derart unermüdlich, dass es dem Autor dieser Zeilen irgendwann zu bunt wurde und ich ihn aufforderte, doch bitte endlich einmal Ruhe zu geben, um der Rednerin zuhören zu können. Binnen kurzem kamen mir ernste Zweifel an meiner Initiative auf, doch ich wurde beruhigt, als der Kerl wortlos aufstand und sich anderswo hinsetzen ging. - **Und** dieses Publikum füllte danach noch Métrozüge und Busse, zum Teil ohne vom Rufen seiner Parolen abzulassen.

In ihrer Rede hatte Marine Le Pen die Kandidatin einer nationalistischen „Befreiungsbewegung“ gegen die Systemparteien gegeben: „**Ich bin die Ausnahme bei dieser Wahl. Ich bin die eine, die einzige Kandidatin des französischen Volkes.**“ Und: „**Meine Herren Aristokraten des Systems, nun werden Sie Platz am Tisch machen müssen – für das Volk!**“ Und sie entwarf ein Bild von Frankreich, das durch die EU und die mächtigen Globalisierer unterdrückt werde.

Von ihnen werde man sich befreien, erklärte die rechtsextreme Kandidatin, um unter mächtigem Applaus in einem Schweiß-und-Tränen-Aufwall hinzuzufügen: „**Wenn wir mehr arbeiten müssen – wir werden es tun, aber für uns!**“ (Anm.: Gemeint war ‚uns als Nation‘). **Wenn wir Opfer bringen müssen – wir werden Opfer bringen! Aber für uns, nicht für sie, und nicht unter ihren Befehlen!**“ Auch behauptete Marine Le Pen an jenem 17. April, den Schlüssel zur Lösung eines Teils der sozialen Probleme zu besitzen, weil sie – im Unterschied zu den anderen Präsidentschaftskandidaten – den „**sozialen Missbrauch**“ bekämpfen und rigoros gegen die Sozialschmarotzer vorgehen würde: „**Es wäre nicht schwierig, gegen die Mogeleyen zu kämpfen und diesen Gefälligkeits-Krankschreibungen, diesem Berg an Sozialbetrug ein Ende zu setzen!**“

Ausgewählte Ergebnisse nach Bezirken

Am höchsten schnitt Marine Le Pen in Bezirken zweierlei unterschiedlichen Typs ab. Einige ihrer höchsten Ergebnisse liegen in südfranzösischen Départements – im Bezirk Vaucluse (um Avignon, Orange und Carpentras) liegt das höchste Einzelergebnis mit 27,03 %. Aber im benachbarten Gard (rund um Nîmes und östlich bis in die Vororte von Avignon) landete Marine Le Pen, als einzigem Verwaltungsbezirk, auf dem ersten Platz als stärkste Kandidatin mit 25,51 Prozent vor Sarkozy auf dem zweiten und Hollande auf dem dritten Platz mit je über 24 %. Dies sind keine ausgeprägt armen Bezirke, vielmehr handelt es sich bei den Wähler/inne/n des FN hier um eine rechte Stammwählerschaft, die zum Teil aus früheren Algeriensiedlern während der Kolonial-Ara (**Pieds Noirs**) besteht. Ewiges Siedler- und Vertriebenenpack im Geiste.

Aber auch nordfranzösische industrielle Krisenbezirke, die von Desindustrialisierung und der Abwanderung von Arbeitsplätzen gebeutelt werden, wie Aisne in der Picardie (26,33 % Anteil für Marine Le Pen) oder Pas de Calais mit 25,53 % stimmten weit überdurchschnittlich für Marine Le Pen. Ihre Wählerschaft kommt hier zum Teil aus den Krisenhinterlassenschaften der früher starken Linksparteien, während die südfranzösischen Anhänger des FN sich zu allen Zeiten eher rechts verorteten; falls Letztere je nicht „Le Pen“ wählen, dann stimmen sie konservativ oder überhaupt nicht.

Im Jahr 2007, als der Einfluss des FN bei Wahlen zeitweilig stark zugunsten von Nicolas Sarkozy gesunken war, hatte vor allem diese historisch aus der Rechten kommenden und eher in Südfrankreich oder im Elsass vorzufindende Wählerschaft der rechtsextremen Partei vorübergehend den Rücken gekehrt. Vor nunmehr fünf Jahren hatten in Südostfrankreich, in der Provence (in Bezirken wie Vaucluse), die höchsten Stimmentransfer vom damaligen rechtsextremen Spitzenmann Jean-Marie Le Pen zum konservativen Kandidaten Sarkozy stattgefunden. Nunmehr kehrte diese Wählerschaft offenkundig zum Großteil zum Front National zurück; vielleicht mit Ausnahme des Elsass, wo die extreme Rechte in 2012 eher unterdurchschnittlich abschnitt.

Gleichzeitig hat der FN sowohl im Jahr 2007 als auch, in einem veränderten und für ihn erheblich günstigeren, Klima im April 2012 beide Male die „Krisenwählerschaft“ in

Nord- und Ostfrankreich halten können. Erstmals seit zehn Jahren gelingt es ihm also, diese beiden doch höchst unterschiedlichen Flügel seines Wahlpublikums wieder zusammenzuführen.

Selbsteinschätzung/Selbstbeschreibung der rechten Wählerschaft

Interessant ist, im Angesicht der sozialen Zusammensetzung des FN-Publikums, auch noch die von diesen Wähler/inne/n vorgenommene Selbsteinstufung im gesamtgesellschaftlichen Kontext.

Die Pariser Tageszeitung **Libération** (vom 25. April 12) druckte eine Umfrage ab, die das „psycho-soziale Profil“ der jeweiligen Wählerschaft der fünf gewichtigsten Präsidentschaftskandidaten – von Jean-Luc Mélenchon auf der Linken bis Marine Le Pen auf der extremen Rechte – zum Gegenstand hat. Dazu wurden die befragten einzelnen Wähler/innen aufgefordert, sich selbst auf der sozialen Stufenleiter einzustufen. Das Ergebnis ist in mehrerlei Hinsicht interessant. Aufschlussreich ist etwa die Frage danach, ob die Befragten schätzen, dass ihre eigene soziale Situation (1) **„sich eher verbessert“**, (2) **„sich eher verschlechtert“** oder aber (3) **„Alles in Allem gleich bleibt“**.

In der Kategorie 1 ebenso wie in der Kategorie 3 ist jeweils Nicolas Sarkozy führend – je 43 % der Umfrageteilnehmer/innen, die sich in diese Kategorie einordnen, stimmen für Sarkozy und machen aus ihm den stärksten Kandidaten in ihrer Gruppe. In der Kategorie Nummer 2, welche eine Verschlechterung ihrer eigenen sozialen Situation feststellt oder befürchtet, ist wiederum der Sozialdemokrat François Hollande fürchtend: 31 Prozent in dieser Kategorie Nummer 2 stimmen für ihn, gegenüber 28 % in der Kategorie Nummer 3 und 24 % in der Kategorie Nummer 1. Die Unterschiede sind also bemerkbar, jedoch nicht extrem, da die Spannbreite zwischen den „Optimisten“, die für Hollande stimmen (24 % unter ihnen) und den für ihn votierenden „Pessimisten“ (31 % unter ihnen) nicht derart riesig ist.

Und wie sieht es nun bei der rechtsextremen Wählerschaft aus? Bei ihr fällt der Unterschied außerordentlich markant. Denn 22 % derer, die eine Verschlechterung ihrer eigenen sozialen Situation feststellen oder aber befürchten, stimmen für Marine Le Pen. Dagegen nur die Hälfte so viel, nämlich 11 %, in der Kategorie derer, die von einer Verbesserung ihrer Situation ausgehen (und 9 % unter jenen, die ihre Lage insgesamt unverändert sehen). Ähnlich markant fällt die Demarkation nur in der Wählerschaft Nicolas Sarkozys aus, welcher weniger als halb so viel Zustimmung unter den „Pessimist/inn/en“ (dort erhält er 19 %) erntet wie unter den „Optimistischen“ (43 %).

In einer weiteren Statistik werden die jeweiligen Wählerschaften danach befragt, wie sie selbst ihre Geisteshaltung gegenüber der Gesellschaft bewerten. Dazu stehen zur Auswahl: **„Optimistisch“**, **„Vertrauensvoll“**, **„Glücklich“**, **„Indifferent (= gleichgültig)“**, **„pragmatisch“**, **„Besorgt“**, **„Desillusioniert“** und **„Empört (Révolté)“**. Dabei schneidet der Sozialdemokrat François Hollande führend in den Kategorien der „Optimisten“ (32 %), der „Glücklichen“ (31 %) sowie der „Desillusionierten/Enttäuschten“ (29 %) ab. Und Amtsinhaber Nicolas Sarkozy gewinnt in den Kategorien der „von Vertrauen Erfüllten“ (42 %) – das an den Tag gelegte Vertrauen scheint dabei eine autoritäre Polung zu verraten -, der

„Pragmatischen“ (mit 32 %), aber auch der „Besorgten“ (30 %). Letztere sind in ihrem Geiste mutmaßlich vor allem um die berühmte „Wettbewerbsfähigkeit“ der Nation, im Ringen um die Märkte, „besorgt“.

Das Publikum der extremen Rechten sticht an dieser Stelle wiederum durch eine Besonderheit hervor, und diese fällt besonders markant aus. An führender Stelle schneidet seine Kandidatin Marine Le Pen nämlich in denjenigen Kategorien ab, die sich gegenüber der Gesellschaft insgesamt „**indifferent/gleichgültig**“ erklären – mit 53 % -, aber auch bei denen, die sich als „**empört**“ einstufen (mit 30 %). Die Wahl Marine Le Pens ist also sowohl Ausdruck einer pervertierten sozialen Protesthaltung, die sich auf diffuse und bewusste Weise mit dem Stimmzettel irgendwie gegen „die da oben“ richten möchte. Als auch einer im Wortsinne „asozialen“ (= d.h. buchstäblich „gesellschaftslosen“), nur noch auf das eigene Vorankommen bedachten, auf das Wohl oder Wehe der übrigen Gesellschaft einen Scheißdreck gebenden Geisteshaltung.

Neue Konfiguration des sozialen Raums

Glaubt man Pressestimmen, wissenschaftlichen oder halbwissenschaftlichen Analysen und vielen Politikerstimmen, so sind aktuell nicht mehr die traditionellen **Banlieues** (d.h. die oft „soziale Brennpunkte“ darstellenden Trabantenstädte der großstädtischen Ballungsräume) das Sammelbecken Nummer Eins für soziale Probleme und aus den Kernstädten verdrängte Bevölkerungsgruppen. 80 Prozent der unterhalb der Armutsgrenze angesiedelten Einwohner/innen Frankreichs leben inzwischen nicht mehr in den urbanen Ballungsräumen (einschließlich ihrer **Banlieues**), sondern außerhalb davon¹. In früheren Zeiten hingegen konzentrierte sich das soziale Elend – von der seit den 1960er Jahren schnell sinkenden von abhängigen Landarbeiten, Knechten und Mägden abgesehen – sehr viel stärker in den Trabantenstadtzonen.

Die etablierte Politik versucht heutzutage vielmehr, seit einigen Jahren, die Einwohner/innen/zahl der **Banlieues** im klassischen Sinne auszudünnen. Etwa durch die Zerstörung von architektonischen Strukturen – Plattenbauriegel oder besonders massive Hochhäuser –, die in besonders großer Zahl auf engem Raum Bewohner/innen konzentrieren. Spektakuläre Hochhaussprengungen fanden etwa in den Jahren 2010 und 2011 statt. Die neue vermeintliche Zaubertlöschung der staatlichen Politik lautet: Die Architektur ist schuld – sie ist unmenschlich, treibt die Leute in Sinnverlust und Kriminalität. Stattdessen gilt es, möglichst viele Menschen über „kleinere Einheiten“ zu verteilen.

Die Realität sieht dann wie folgt aus: Zwecks „Sanierung“ bestimmter Trabantenstädte werden deren Bewohner/innen in „weiter draußen“ – das heißt 30, 40 oder 50 Kilometer außerhalb von Paris – gelegene Kommunen umgesiedelt. Dort werden kleinere Hochhausbauten, Ein- oder Mehrfamilienhäuser hochgezogen; oft durch Errichtung von hässlichen und ein monotones Erscheinungsbild abgebenden, aber als zweckmäßig geltenden Fertighäusern. Die nicht nur hässliche, sondern auch

¹ Vgl. dazu http://www.marianne2.fr/L-Bouvet-Le-vote-Le-Pen-temoigne-aussi-de-l-insecurite-culturelle_a217144.html

ökologisch bedenkliche Zersiedlung der Landschaft wird dadurch noch forciert. Im Raum Paris füllt sich so beispielsweise das flächenmäßig riesige und bislang von allen Bezirken der Hauptstadtregion am dünnsten besiedelte **Département Seine-et-Marne** – es beginnt circa 15 Kilometer östlich von Paris und reicht bis in eine Entfernung von 70 Kilometern – allmählich auf. Dorthin ziehen aus Kostengründen auch viele jener Familien an, die aufgrund der erdrückend gewordenen Last von Mieten oder Kaufpreisen für Eigentumswohnungen fast buchstäblich Hals über Kopf aus dem unmittelbaren Pariser Einzugsraum fliehen – in der Hauptstadt haben sich die Mieten seit Ende der 1990er Jahre mehr als verdoppelt.

Und dieses Phänomen lässt sich nicht nur rund um Paris beobachten. Am 08. März 2012 absolvierte Nicolas Sarkozy einen Wahlkampfabstecher in einen Vorort der ostfranzösischen, mittelgroßen Stadt Saint-Etienne, mit Namen La Chapelle-d'Aurec. Dort, in circa fünfzehn Kilometer Entfernung vom Stadtzentrum, lebten im Jahr 1990 noch nur rund 400 Einwohner/innen, im Jahr 2000 etwa 600, doch inzwischen sind es rund 1.500 geworden. Viele frühere Dörfer, die keine **Banlieues** im klassischen Sinne darstellen, doch die in der Nähe städtischer Ballungsräume angesiedelt sind, wuchsen in jüngerer Zeit auf vergleichbare Weise.

Dieses „Frankreich, das leidet“, aber nicht zündelt, sondern „unsichtbar bleibt“ oder vor dem Fernsehbildschirm zu Hause die Fäuste ballt, wird zunehmend von den Berater/innen der wichtigsten Politiker/innen und anderen selbsternannten „Expert/inn/en“ beschworen. Entscheidenden Einfluss auf die Umgebung Nicolas Sarkozys nahm in diesem Sinne ein Buch, das von dem – als eher links geltenden – Geographen Christophe Guilluy verfasst und Ende 2010 veröffentlicht wurde: **Fractures françaises**. Sarkozys Hochschulminister und früherem Regierungssprecher Laurent Wauquiez, Abgeordneter im Raum Saint-Etienne, zufolge ist das oben erwähnte La Chapelle-d'Aurec „ein perfektes Anschauungsbeispiel“ für dessen Thesen, weshalb er dem Wahlkämpfer Nicolas Sarkozy einen Abstecher dort nahelegte².

In diesem Buch beschreibt der Verfasser eine neue gesellschaftliche Gruppe in Frankreich, die an vielen sozialen Problemen leidet, deren Unmut sich aber weder in kollektiven sozialen Unruhen manifestiert noch in klassischen Aktionsformen der Arbeiterbewegung (Streiks, Demonstrationen). In einem bislang tendenziell als Niemandsland aufgefassten Raum – weder richtig Stadt noch richtig Land – legten deren nunmehrige Bewohner/innen, so eine der Hauptthesen des Buches, ein starkes symbolisches „Bedürfnis nach Grenzen“ an den Tag. Grenzen zum Schutz vor den Verheerungen der Globalisierung durch Abwanderung von Fabriken, Grenzen zum Schutz vor der Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte. Und Grenzen zum Schutz vor dem Herüberwuchern derjenigen Probleme, die die klassischen **Banlieues** auszeichnen: Unruhen, Kriminalität, starke Konzentration von Einwanderern.

In den alten Trabantenstädten wählt man historisch eher links, heutzutage oft gar nicht. In dem als „**peri-urban**“ bezeichneten Raum - d.h. in den um die städtischen Ballungszentren herum liegenden, „halbstädtischen“ Zonen – wählt man, sofern

² Vgl. dazu u.a. <http://www.liberation.fr/politiques/01012399283-le-livre-de-gauche-qui-inspire-la-droite>

überhaupt, oft rechtsextrem. Ansonsten ist man tendenziell mit seiner sozial bedingten Wut vor dem Fernseher, welcher Negativ- und damit Schreckbilder aus den „alten“ *Banlieues* überträgt, allein. Oftmals sind die Einwohner/innen hierher in halb ländliche Zonen hinausgezogen, um von den sozialen Verwerfungserscheinungen in eben diesen **Banlieues** verschont zu bleiben und „ihre Ruhe zu haben“. Und werden nunmehr entweder durch die Ausbreitung der sozialen Krise eingeholt oder aber durch das Verschwinden von in der Nähe liegenden Arbeitsplätzen sowie das Ansteigen der Spritpreise (für in den städtischen Kernzonen arbeitende Pendler/innen) hart erfasst³.

Auf dieses „peri-urbane“ Frankreich, so lautet die Strategie vieler Wahlkämpfer/innen und insbesondere der StrategInnen im Umfeld Sarkozys, muss die politische Anstrengung konzentriert werden. Hier vermuten sie die politische Zukunft Frankreichs.

Unterdessen bestätigte die Präsidentschaftswahl im April/Mai 2012 zumindest einige dieser Beobachtungen. Einige ihrer mit Abstand höchsten Stimmenanteile erhielt die extreme Rechte, in Gestalt des Front National, in Zonen an den Rändern der großstädtischen Ballungsräume, in dreißig bis fünfzig Kilometern Entfernung vom Zentrum⁴. Den Ratschlägen seiner Berater zur politischen „Nutzanwendung“ der Beobachtungen des Buchautors Christophe Guilluy folgend, stellte Sarkozy einen beträchtlichen Teil seines Wahlkampfes in der Schlussphase unter das Zeichen des „Bedürfnisses nach Grenzen“. Seine Großveranstaltung in Toulouse am 29. April 2012 war etwa weitgehend diesem Thema gewidmet⁵.

Offenes Buhlen um Zustimmung auf der extremen Rechten

Beim Publikum des Front National versucht Sarkozy seit Tagen ganz manifest und offenkundig, Stimmen für die Stichwahl anzuwerben. Dies begann bereits am Abend des ersten Wahlsonntags (22. April), als ausnahmslos alle Vertreterinnen und Vertreter Nicolas Sarkozys in den Fernsehstudios – in seinem politischen Lager gibt es meistens Absprachen über von den Sarkozy-Beratern so genannte **éléments de langage**’ also einheitliche Sprachregelungen - vor allem entlang des „Ausländerthemas“ polarisierten: Unter sozialdemokratischer Regierung handelten sich **„die Franzosen, die das nicht wollen, das Ausländerwahlrecht“** ein. So tönnten die Ministerinnen während der Sarkozy-Ära Nadine Morano und Rachida Dati, Ex-Regierungssprecher Laurent Wauquiez und andere unisono. Auch stellten sie eine Infragestellung des Schengen-Abkommens zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den einzelnen EU-Ländern in Aussicht. Es steht tatsächlich in Sarkozys Programm.

³ Vgl. auch das vier Seiten umfassende Thema der Pariser Tageszeitung *Libération* zum rechtsextremen Stimmverhalten im ländlichen oder halb-ländlichen Raum: **Le FN des champs**, in der Ausgabe vom 28./29. April 12.

⁴ Vgl. etwa <http://sucyenbrie.blog.lemonde.fr/2012/04/27/une-lecture-geographique-du-vote-le-pen/>

⁵ Vgl. beispielsweise http://actu.orange.fr/une/a-toulouse-sarkozy-fait-l-elog-de-la-nation-et-des-frontieres-afp_584656.html

Anlässlich der TV-Debatte der beiden verbliebenen Präsidentschaftskandidaten, François Hollande und Nicolas Sarkozy, am Abend des 02. Mai 2012 wählte Amtsinhaber Sarkozy erneut die Frage des Ausländerwahlrechts als Angriffsfläche. Nicht vor offen diskriminierenden Erwägungen zurückscheuend, richtete er heftige Vorwürfe an Hollande – der ein begrenztes aktives und passives Wahlrecht für Einwanderer (nur auf kommunaler Ebene, und ohne dass die Mandatsträger ausländischer Staatsbürgerschaft den Bürgermeister stellen dürften) befürwortet. So tönte Sarkozy: **„Öffnen wir doch die Augen. Die Einwanderer, mit denen wir es zu tun haben, sind keine Kanadier oder Norweger. (...) Sonst hätten wir kein Problem. Es handelt sich um nordafrikanische und schwarzafrikanische Einwanderer. Und angesichts des starken Anwachsens des muslimischen Fundamentalismus müssen wir kommunitäre (d.h. gruppenbezogene, konfessionsbezogene) Lobbygruppen und ein entsprechendes kollektives Stimmverhalten befürchten.“** Kurz, hätten wir es mit blonden und nicht-muslimischen Ausländern zu tun, dann gäbe es keine Probleme.

Ferner setzte Sarkozy noch andere Signale an die Adresse der rechtsextremen Sympathisanten. So sprach er sich am 25./26. April 12, nach der Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Polizisten – der im Pariser Vorort Noisy-le-Sec einen flüchtigen Straftäter mit Namen Ettounsi von hinten erschossen hatte – wegen Totschlags, für eine **„Notwehr-Vermutung/ -Unterstellung“** zugunsten von Polizisten bei jedem Schusswaffeneinsatz aus. Diese solle als Stärkung der rechtlichen Stellung von Uniformträgern noch über die gesetzliche Unschuldsvermutung hinaus eingeführt werden. Bingo: Die Maßnahme taucht seit Juni 2011, als einer der ersten Vorschläge im Programmteil „Innere Sicherheit“, im Programm Marine Le Pens auf.

Auf Kritik, die Sarkozy vorwarf, zu deutlich auf die Wählerschaft des Front National zuzugehen, antwortete Sarkozy in diversen TV-Sendungen wiederholt: **„Wenn die Republik es zulässt, dass Marine Le Pen zu Wahlen antritt, dann kann es sich nicht verboten sind, sich an diese Franzosen (Anm.: die für sie stimmen) zu adressieren.“** Zu Anfang der letzten Aprilwoche nach der ersten Wahlrunde hatte er sogar noch expliziter erklärt: **„Marine Le Pen ist mit der Republik kompatibel (= vereinbar)“.** Inzwischen möchte er dies dahingehend klargestellt wissen, dass er der Auffassung sei, **„die Tatsache ihrer Kandidatur“** sei mit der Demokratie vereinbar.

Extreme Rechte zur Stichwahl

Vom ersten Tag ab weigerte sich Marine Le Pen, eine Stimmempfehlung für einen der in der Stichwahl verbleibenden Kandidaten auszusprechen. Und sie blieb auch anlässlich ihrer Ansprache zum 1. Mai (vgl. nebenstehenden Artikel dazu) bei dieser Linie.

Ähnlich hatte es der Front National auch bei den letzten Präsidentschaftswahlen stets gehalten. Das letzte Mal, dass der FN eine (indirekte) positive Stimmempfehlung für einen Kandidaten abgab, war 1988: Damals verkündete Jean-Marie Le Pen die Maxime „Keine Stimme für Mitterrand“. Dies lief darauf hinaus, in der Stichwahl gegen den (letztlich wiedergewählten) „sozialistischen“ Amtsinhaber

François Mitterrand für dessen bürgerlichen Herausforderer Jacques Chirac zu stimmen. Hingegen erklärte Jean-Marie Le Pen zur darauffolgenden Wahl am 1. Mai 1995, am selben Ort – auf dem Pariser Opernplatz -, dass beide damaligen Kandidaten (Jacques Chirac und sein „sozialistischer“ Gegenkandidat Lionel Jospin) unwählbar seien. Im Originalton: **„Chirac, c’est Jospin en pire!“** Dies bedeutete: „Chirac ist genau dasselbe wie Jospin, nur schlimmer.“ Ähnlich positionierte sich Jean-Marie Le Pens Nachfolgerin und Tochter auch in diesem Jahr. Obwohl sie durch das „Offenlassen“ aller Optionen für ihre Wähler/innen – da sie keine offizielle Empfehlung abgab, jedoch angab, sie selbst werde ungültig stimmen – auch den zu den Konservativen neigenden Teil ihrer Wählerschaft stärker einband.

Laut vorliegenden Umfragezahlen wollten am Wahlabend des ersten Durchgangs (22. April) zunächst 60 Prozent ihrer Wähler/innen voraussichtlich für Nicolas Sarkozy in der Stichwahl stimmen, im Gegensatz zu 18 Prozent für Hollande. Im Laufe der darauffolgenden Woche sank der Anteil der potenziellen Sarkozy-Wähler unter den FN-Anhängern jedoch auf nur noch 50 Prozent ab. Laut Auskunft des Umfrageinstituts BVA deswegen, weil in den Augen vieler rechtsextremen Wähler/innen Sarkozy dieselben gar zu offenkundig und übertrieben „anzubaggern“ versuchte – und sie sich dadurch verschaukelt fühlten... (Vgl. dazu http://actu.orange.fr/une/hollande-54-5-devant-sarkozy-45-5-au-second-tour-selon-bva-afp_582478.html)

Zu Anfang dieser Woche – am Montag, den 30. April 12 – ist laut neuesten Umfragezahlen der Anteil derjenigen, die zu einer Stimmabgabe für Sarkozy gewillt sind, wieder auf 54 % gestiegen. 13 % in der Wählerschaft der extremen Rechten wollen demnach für François Hollande stimmen, und 32 % für keinen der beiden Kandidaten. (Vgl. http://actu.orange.fr/une/hollande-perd-un-point-a-53-sarkozy-en-gagne-1-a-47-selon-ipsos-afp_584958.html)

Im „harten Kern“ ihrer Anhängerschaft und im Apparat der Partei zieht man allerdings eine Niederlage Nicolas Sarkozys vor, verknüpft mit dem strategischen Projekt, danach die politische Rechte neu – und rund um die eigene Partei herum – aufzubauen. Diese Strategie, die darauf hinausläuft, die bürgerliche Rechte „zur Explosion zu bringen“, war bereits in den 1990er Jahren durch den damaligen FN-Ideologen Bruno Mégret formuliert und verkündet worden.

Am Wahlabend des 22. April erklärte der Rechtsanwalt Gilbert Collard (ein seit 2011 neu gewonnener prominenter Unterstützer Marine Le Pens und aalglatter Karrierist, Streber & Emporkömmling) im TV-Studio: **„Eine neue Rechte ist entstanden, man wird auf sie Rücksicht nehmen müssen.“** Damit meinte er die eigene Partei „seiner“ Kandidatin/ (Gilbert Collard war 2012 Vorsitzender des Unterstützerkomitees für die Kandidatur Le Pens, hat aber bislang keinen Mitgliedsausweis beim FN.)

Dem widersprach jedoch am Montag früh (23. April) Marine Le Pen junger Berater Florian Philippot im Rundfunk deutlich: Man wolle keine neue Rechte darstellen, vielmehr **„glauben wir nicht mehr an den Gegensatz zwischen Links und Rechts - denn die Grenze verläuft vielmehr zwischen denen, die ihre Nation lieben, und den Anhängern des Globalismus“**. Für das eigene Projekt, jenes des **„Widerstands gegen die Globalisten“**, wolle man sowohl Leute aus der bisherigen Rechten als aus der bisherigen Linken ansprechen. Beide argumentierten jedoch

dergestalt, dass die rechtsextreme Partei als eine Art Demokratisierungsbewegung gegen ein Blockparteiensystem – dessen Kräfte alle Medien kontrollierten, über **„falsche Umfragen“** (Gilbert Collard) das öffentliche Klima beeinflusse und die Meinungsfreiheit unterdrücke – erscheinen sollte.

Aus den gegen Marine Le Pen und ihre „Generallinie“ opponierenden Teilen der extremen Rechten kommen hingegen explizite Stimmempfehlungen für Nicolas Sarkozy. Carl Lang, bis im Jahr 2005 Generalsekretär des FN und seit Januar 2009 Vorsitzender seiner eigenen Partei – des **Parti de la France** (PdF, „Partei Frankreichs“), rief etwa dazu auf, **„gegen François Hollande“** zu stimmen. Denn sonst käme **„die Linke an die Macht, und dies bedeutet: Ausländerwahlrecht, Homosexuellenehe und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare!“**

Carl Langs Wahlempfehlung ist nicht völlig bedeutungslos, da der Mann zuvor durch mehrere Abspaltungen und Absplitterungen vom Front National – darunter drei Parteien (PdF, MNR, NDP) - als **„Präsidentschaftskandidat einer Union der nationalen Rechten“** aufgestellt worden war. Seine Unterstützer konnten tatsächlich 450 Unterschriften von Mandatsträgern der Republik sammeln, um seine Kandidatur zu ermöglichen – mindestens 500 solcher „Wahlpatenschaften“ sind erforderlich, um als Präsidentschaftskandidat/in antreten zu könnten -, und Langs Kandidatur scheiterte damit nur knapp. Selbst Marine Le Pen hatte im März 2012 zeitweilig erhebliche Not, ihre eigenen 500 Unterschriften zusammen zu bekommen (es wurden am Ende dennoch 570). Carl Lang hätte mutmaßlich mit rund 2 Prozent der Stimmen rechnen können. Er wäre dadurch jedoch zum Faktor im taktischen Spiel der bürgerlich-konservativen Rechten gegenüber dem FN geworden, und hätte mit Angeboten u.a. finanzieller Unterstützung rechnen dürfen.

Auch Bruno Gollnisch, der frühere Vizepräsident de FN, der im Januar 2011 die Wahl zum/r neuen Parteivorsitzenden gegen Marine Le Pen verlor und die eher katholisch-nationalistische „traditionalistische“ Opposition in der Partei vertritt, neigt zu dieser Position. Am 30. April verlautbarte, dass er zu einer Stimmabgabe für Nicolas Sarkozy „neige“; vgl. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2012/04/30/97001-20120430FILWWW00387-gollnisch-fn-penche-pour-sarkozy.php> Hintergrund ist sicherlich auch, dass seine Unterstützer der aktuellen Parteiführung vorwerfen möchte, „zu weit nach links“ zu tendieren, aufgrund der starken sozialdemagogischen Beimischungen zu ihrem Diskurs (und weil Marine Le Pen gegen ein gesetzliches Abtreibungsverbot auftritt).

Artikel von Bernard Schmid vom 4. Mai 2012